Reglement zur Personalverordnung

Vom Gemeindevorstand erlassen am 1. Januar 2002

Die in diesem Reglement verwendeten Berufsbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.

Gestützt auf die Verordnung betreffend die Entschädigung der Behörden und Kommissionen der Gemeinde Malans wie über die Anstellung und Besoldung der ständigen Angestellten, Lehrer, Arbeiter und nicht ständigen Mitarbeiter (Personalverordnung Art. 27) erlässt der Gemeindevorstand, folgende Ausführungsbestimmungen (Personalreglement):

I. Bedingungen für die ständigen Mitarbeiter

Art. 1 Arbeitszeit

Alle Mitarbeiter haben während der täglichen Arbeitszeit ihre ganze Arbeitskraft der Gemeinde zu widmen. Für das gesamte Gemeindepersonal gilt die 5 Tageweche entsprechend der kantonalen Regelung, bzw. den entsprechenden Gesamtarbeitsverträgen und gesetzlichen Bestimmungen. Über Ausnahmen entscheidet der Gemeindevorstand. Für die Lehrer gilt der Stundenplan. Am Mittag ist Arbeitsschluss und -beginn am Arbeitsort. Am Abend ist Arbeitsschluss am Arbeitsort. Die Wegzeit geht zu Lasten des Arbeitnehmers. Wird bei grösseren Wegstrecken der Arbeitsschluss am Arbeitsort vorverlegt, so ist die Abmarschzeit am Morgen um diese Zeit vorzuverlegen. Muss die Mittagsverpflegung mitgenommen werden, so wird eine Vergütung geleistet. Dies ist der Fall, wenn die Anmarschzeit mehr als 15 Minuten beträgt. Als Anmarschzeit gilt auch die entsprechende Fahrzeit.

Art. 2 Pflicht zu zusätzlicher Arbeit

Der Gemeindevorstand ist ermächtigt, in dringenden Fällen für einzelne Personen von der allgemeinen Ordnung abweichende Arbeitszeiten vorzuschreiben. Soweit es die Stellvertretung eines wegen Krankheit, Unfall, Urlaub, Militär- oder Zivildienst abwesenden Mitarbeiters oder der Dienstbetrieb erfordert, hat das Personal auch über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus zu arbeiten.

Art. 3 Nacht-, Überzeit- und Sonntagsarbeit

Es gilt:

- a) als Überzeitarbeit mit 25 % Zuschlag, die vom Normalarbeitsschluss bis 22.00 h und von 5.00 h bis Arbeitsbeginn, sowie die an andern Werktagen während der dienstfreien Zeit geleistete Arbeit
- b) als Nachtarbeit mit 50 % Zuschlag die zwischen 22.00 h und 05.00 h geleistete Arbeit
- c) als Sonntagsarbeit, die Arbeit an Sonn- und Feiertagen. Der dafür auszurichtende Lohnzuschlag wird vom Gemeindevorstand bestimmt.

Für Überzeitarbeit haben die Angestellten Anspruch auf Kompensation durch Freizeit. In Ausnahmefällen kann der Gemeindevorstand auch eine Auszahlung der Überzeit gewähren.

Die Bestimmungen von Art. 3 finden keine Anwendung auf Mitarbeiter, für welche Nacht-, Überzeit- oder Sonntagsarbeit in einem besonderen Dienstvertrag oder in einer besonderen Vereinbarung vorgesehen und geregelt sind.

Art. 4 Ferienanspruch

Alle angestellten Mitarbeiter haben Anspruch auf bezahlte Ferien entsprechend der für das kantonale Personal geltenden Regelung.

Die Ferien sind so anzusetzen, dass womöglich ohne Anstellung bezahlter Aushilfen auszukommen ist. Der zuständige Vorgesetzte regelt unter Anhörung der Mitarbeiter die Festlegung der Ferien.

Die Ferien sind grundsätzlich jedes Jahr zu nehmen. Der Gemeindevorstand entscheidet, ob nicht bezogene Ferien auf das nächste Jahr übertragen werden können oder ob sie als Überzeit ohne Zuschlag angerechnet werden.

Während des Jahres eintretende und austretende Mitarbeiter haben für das laufende Jahr einen Ferienanspruch pro rata temporis.

Bei Auflösung des Dienstverhältnisses wird zuviel bezogene Ferienzeit bei der letzten Gehaltszahlung angerechnet. Nicht bezogene Ferien werden entschädigt.

Der Ferienanspruch der Lehrer regelt sich nach der kantonalen Gesetzgebung.

Art. 5 Ferien und Krankheit

Krankheit und Unfall während der Ferien unterbrechen diese nur, wenn sie durch Zustellung eines ärztlichen Zeugnisses gemeldet werden.

Art. 6 Ferien und Militär- und Zivilschutzdienst

Bei Militär- und Zivilschutzdienstleistung der Mitarbeiter wird der Ferienanspruch entsprechend der kantonalen Personalverordnung geregelt. Eine Woche Ferien kann in jedem Fall bezogen werden.

Art. 7 Ausserordentliche Urlaube

Ausserordentliche Urlaube werden den ständigen Mitarbeitern nach den Normen wie sie für das kantonale Personal gelten, gewährt (Art. 41ff Ausführungsbestimmungen zur PV).

Für die Erteilung solcher Urlaube ist der Gemeindepräsident bzw. der Schulratspräsident zuständig.

Nichtbezahlte Urlaube können bewilligt werden, soweit die kontinuierliche Erledigung der Arbeit dies zulässt. Zuständig zur Bewilligung solcher Urlaube ist der Gemeindevorstand. Für die Lehrer ist der Schulrat zuständig.

Art. 8 Militär- und Zivilschutzdienstverschiebungen

Gesuche um Verschiebung des Militär- oder Zivilschutzdienstes dürfen nur mit Zustimmung des zuständigen Vorgesetzten gestellt werden.

Art. 9 Familien- und Sozialzulagen

Familien- und Sozialzulagen werden nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen ausbezahlt.

Für die Kinderzulagen gelten die Ansätze und Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über die Ausrichtung von Kinderzulagen an Arbeitnehmer.

Art. 10 Lohnanspruch bei Krankheit

Im Falle von Krankheit beziehen die vollamtlichen Mitarbeiter die Besoldung wie folgt weiter:

- Bei einer Anstellungsdauer bis zu 3 Jahren 100 % während drei Monaten.
- Für jedes weitere Dienstjahr einen Monat länger, bis zum Maximum von 6 Monaten.
- Bei längerer als 6 Monate dauernder Krankheit erhält der Mitarbeiter noch 80 % des Lohnes. Insgesamt wird der Lohn bei Krankheit während maximal 720 Tagen ausbezahlt.
- Sozialzulagen werden bei Krankheit nicht gekürzt.
- Die Auszahlungen der Krankentaggeldversicherung gemäss Art. 21 fallen während dieser Zeit in die Gemeindekasse.

Art. 11 Lohnanspruch während des Militär- und Zivilschutzdienstes

Der Gehaltsbezug der ständigen Mitarbeiter während des Militär- und Zivilschutzdienstes wird wie folgt geregelt:

- a) Bei Militär- und Zivilschutzdienstleistung bis zu einem Monat pro Kalenderjahr tritt keine Gehaltskürzung ein.
- b) Bei längeren obligatorischen Militär- und Zivilschutzdienstleistungen werden ledigen Mitarbeitern 50 % und verheirateten 80 % des Gehaltes zuzüglich Familienzulagen ausgerichtet.
- c) Die gesetzliche Lohnersatzentschädigung geht in allen Fällen, da der Mitarbeiter eine Gehaltszahlung erhalten hat, in die Gemeindekasse. Sollte die Lohnersatzentschädigung die Gehaltszahlungen übersteigen, so hat der Mitarbeiter Anspruch auf Nachzahlung der Differenz.
- d) Für die Dauer von freiwilligem Militär- und Zivilschutzdienst und von Strafdienst wird kein Lohn ausbezahlt.
- e) Bei Militär- und Zivilschutzdienst während den bezahlten Ferien hat der Mitarbeiter auch Anspruch auf die Lohnersatzentschädigung.
- f) Bei provisorisch oder aushilfsweise angestelltem Personal entscheidet der Gemeindevorstand von Fall zu Fall über den Lohnanspruch während des Militär- und Zivilschutzdienstes.
- g) Im Falle von aktiver Dienstleistung erlässt der Gemeindevorstand eine besondere Lohn- und Ferienordnung, die sich an diejenige des Kantons anlehnen soll.

Art. 12 Entschädigung für auswärtige Tätigkeit

Bei dienstlichen Verrichtungen ausserhalb der Gemeinde werden den Mitarbeitern die Fahrspesen und die effektiven Auslagen für Kost und Logis vergütet, sofern diese in einem angemessenen Verhältnis zur dienstlichen Verrichtung stehen.

Die Vorlage der Belege über die entstandenen Auslagen soll verlangt werden.

Der Gemeindevorstand ist berechtigt, in Ausnahmefällen ein erhöhtes Taggeld einschliesslich Spesenvergütung und Autobenützung zu bewilligen. Allfällige Zulagen an die Stunden- und Tagelohnarbeiter bei Auswärts-tätigkeit werden vom Gemeindevorstand festgesetzt.

Art. 13 Kündigung

Das Dienstverhältnis der vollamtlich angestellten Mitarbeiter kann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von mindestens 3 Monaten jeweils auf Monatsende gekündigt werden.

Für die Auflösung des Dienstverhältnisses der vollamtlich im Stundenlohn angestellten Mitarbeiter gilt das Arbeitsvertrags- und Obligationenrecht.

Der Lehrer kann sein Dienstverhältnis unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten in jedem Fall nur auf Ende eines Schuljahres auflösen.

Über die Kündigung der nichtständigen Mitarbeiter entscheidet der Gemeindevorstand.

II. Bedingungen für die nichtständigen Mitarbeiter

Art. 14 Fixe Entschädigung

Die nichtständigen Mitarbeiter erhalten zum vornherein eine fixe Entschädigung pro Jahr oder Vorrichtung. Sie haben keinen Anspruch auf Sozial- und Teuerungszulagen. Die fixen Entschädigungen werden vom Gemeindevorstand festgesetzt und sind jährlich zu überprüfen.

III. Bestimmungen für die Stunden- und Tagelohnarbeiter

Art. 15 Löhne für ständige Arbeiter

Die Festsetzung der Löhne der ständig beschäftigten Arbeiter erfolgt nach Rücksprache mit dem zuständigen Vorgesetzten durch den Gemeindevorstand.

Personen, die während mindestens 180 Arbeitstagen pro Jahr bei der Gemeinde tätig sind, gelten als ständig beschäftigte Arbeiter.

Art. 16 Löhne für vorübergehend Beschäftigte

Die Löhne der vorübergehend beschäftigten Arbeiter werden vom betreffenden Vorgesetzten nach Rücksprache mit dem Gemeindevorstand festgesetzt.

IV. Unfall- und Krankenversicherung

Art. 17 Unfallversicherung

Alle Mitarbeiter werden von der Gemeinde gegen Betriebs- und Nichtbetriebsunfall versichert. Die Prämienquoten für die Versicherung gegen Nichtbetriebsunfall haben die Mitarbeiter selber zu bezahlen. Die Versicherung gegen Nichtbetriebsunfall ist obligatorisch.

Dem Arbeitnehmer wird während längstens 730 Tagen seiner Arbeitsunfähigkeit der volle Lohn ausbezahlt. Weitergehende Versicherungsleistungen richten sich nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes. Das Taggeld, welches die Versicherung ausrichtet, fällt in die Gemeindekasse.

Art. 18 Konkurrierende Versicherungsleistungen mit der Lohnzahlung

Besteht eine allfällige verminderte Arbeitsunfähigkeit durch Betriebs- oder Nichtbetriebsunfall, so wird bei Rentenbezug des Mitarbeiters von der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt oder einer andern obligatorischen Versicherung die Besoldung des Mitarbeiters entsprechend gekürzt. Der Anspruch auf die ordentlichen reglementarischen Gehaltserhöhungen bleibt jedoch bestehen. Bei Kapitalabfindungen sind die gleichen Grundsätze sinngemäss anzuwenden, d.h. die Kapitalabfindung ist in eine Rente umzurechnen und die Kürzung des Lohnes entsprechend der umgerechneten Rente vorzunehmen.

Bei Leistungen der Eidgenössischen Militärversicherung gelten sinngemäss die Bestimmungen dieses Artikels.

Art. 19 Krankentaggeldversicherung

Die Gemeinde schliesst eine Krankentaggeldversicherung für alle ständig beschäftigten Mitarbeiter für 80 % des anrechenbaren Lohnes ab.

Die Prämien der Krankentaggeldversicherung werden je zu 50 % vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer bezahlt.

Art. 20 Inkraftsetzung

Dieses Reglement tritt am 01. Januar 2002 in Kraft.